

Parteien und Regierungsprogramm

Regierungsprogramm ohne Parlament?

Berlin, 26. November.

Der Kanzler legte im Laufe des Dienstag seine Bedenken mit den Vertretern der übrigen Parteien fort. Er hofft, diese Verhandlungen bis Donnerstag zum Abschluss zu bringen, so daß sich für ihn dann eine vollständig geklärte Lage über die Stellungnahme der Partei ergibt. Erst dann wird er sich darüber entscheiden, auf welchem Wege die Inkraftsetzung des Finanz- und Wirtschaftsprogramms erfolgen kann.

Untragbare Abänderungsforderungen der Sozialdemokraten?

An der Besprechung des Reichskanzlers mit den sozialdemokratischen Führern nahmen die Abgeordneten Müller, Franke, Dr. Brecht, Dr. Hilferding und Dr. Herzig teil. In mehrstündigen Verhandlungen wurden die Abänderungswünsche der Sozialdemokraten zu den Notverordnungen eingehend besprochen.

Ihre endgültige Stellung zu dem Gesamtkomplex will die Sozialdemokratie davon abhängig machen, wie weit ihre Abänderungswünsche verwirklicht werden können.

Zentrum hinter Brünning

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der zunächst alle vom Fraktionsvorsitzenden in der Parlamentspause erteilten Schritte und Maßnahmen einmütig gebilligt wurden. Weiter beschäftigte sich die Fraktion mit einer Reihe von Anträgen wirtschafts- und kulturpolitischer Art. Diese Anträge betreffen die Preis- und Gehaltslenkung und die Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Die Regierung wird ersucht, die vom Gesetz nicht erfaßten Gehälter in öffentlichen und privaten Institutionen, Organisationen und Körperschaften durch geeignete Maßnahmen in angemessener Weise zu senken. Sie wird weiter gebeten, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Lohnsenkungen zeitlich mit einer wirksamen Preislenkung verknüpft werden.

Christlich-sozialer Abänderungswunsch

Der Christlich-Sozialer Volksdienst verlangt, wie in einer Fraktionsbesprechung festgestellt wurde, nicht die vollständige Aufhebung der Notverordnung, hat aber, wie wir hören, einige Abänderungswünsche. Er wendet sich vor allem gegen die bei den Krankenkassen neu eingeführten Krankenversicherungsbeiträge. In steuerlicher Beziehung ist der Christlich-Sozialer Volksdienst ein Gegner der Verzehrssteuer, während er einer an der Quelle erhobenen verstärkten Biersteuer zustimmen würde. Die Wünsche der Fraktion gehen weiter auf eine sozialere Gestaltung und Streiklösung der Bürgersteuer hin.

Minister Brecht zurückgetreten

Wirtschaftspartei gegen Anlehnung an Sozialdemokratie
Die politische und parlamentarische Lage hat sich seit Dienstag weiter zuspitzt. Nach der Besprechung des Kanzlers mit dem Vertreter der Fraktionen zum Abschluss gebracht worden sind, hat der Reichsparteiausschuß der Wirtschaftspartei nach eingehender Besprechung drei grundsätzliche Beschlüsse gefaßt, die eine vollständige Lösung von der bisherigen Regierungskoalition bedeuten:

Verweigerung weiterer Unterstützung der Regierung
Brünning, Zurückziehung ihres ministeriellen Vertreters im Kabinett, Dr. Brecht, aus der Regierung und Stellungnahme gegen Dr. Wirth in dem Konflikt Reich-Thüringen.

Damit geht die Wirtschaftspartei zur ausgesprochenen Opposition über. Sie hat ihre Entscheidung durch folgende parteioffizielle Verlautbarungen der Öffentlichkeit bekanntgegeben:

Bereits am 26. September 1930 hat der Reichsausschuß beschlossen, daß sich die Wirtschaftspartei an keiner Regierung im Reich beteiligen, auf welche die Sozialdemokratie unmittelbar oder mittelbar Einfluß ausübt. Die Ereignisse der letzten Zeit beweisen aber, daß die Regierung Brünning ihre Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzusetzen versucht. Nach Ansicht der Wirtschaftspartei können auf diesem Wege die großen Lebensprobleme des deutschen Volkes in der Innen- und Außenpolitik nicht gelöst werden. Infolgedessen lehnt die Wirtschaftspartei die weitere Unterstützung des Kabinetts Brünning ab.

Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß dieser Beschluß einstimmig und im Einvernehmen mit dem Reichsausschuß einstimmig Prof. Dr. Brecht erfolgt ist. Minister Brecht, der sich krankheitshalber in Marburg aufhält, hat unmittelbar darauf dem Reichsausschuß sein Rücktrittsgesuch übermitteln, das bereits Dienstagmittag in der Reichstagskanzlei vorlag.

Ferner hat sich der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei bei seinen Beratungen über die weitere Einstellung der Partei zum Kabinett Brünning auch mit dem

Konflikt Reich-Thüringen
beschäftigt. Als Ergebnis wurde mitgeteilt:

Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei billigt und vertritt den Standpunkt, daß die Thüringer Landtagsfraktion im Sinne aller Thüringer Regierungsparteien eingenommen hat.

Wie verlautet, hat der Reichskanzler nicht die Absicht, dem Reichspräsidenten zu empfehlen, den Reichsjustizminister zum Verbleiben in seinem Amt zu bewegen. Professor Brecht wird in der nächsten Woche nach Berlin kommen und sich offiziell vom Reichskabinett verabschieden.

Bleibt Dr. Brecht?

Berlin, 26. November.

Über das Rücktrittsgesuch des Justizministers Dr. Brecht hat eine Entscheidung noch nicht gefallen. Wie verlautet, will der Reichspräsident die gesundheitliche Wiederherstellung des zur Zeit erkrankten Ministers abwarten, ehe abschließende Schritte unternommen werden.

In parlamentarischen Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß Dr. Brecht sich zum Verbleiben in seinem Amt bestimmen läßt, und daß er dann als Justizminister

dem Kabinett angehören würde, ohne dadurch seine Partei irgendwie zu verpflichten.

Fraktionsitzungen

Am Montag und Dienstag fanden im Reichstag Fraktionsitzungen des Christlich-Sozialen Volksdienstes statt. Neben der Behandlung von Fraktionsangelegenheiten wurde zur gegenwärtigen politischen Lage Stellung genommen. Die Aussprache ergab völlige Einmütigkeit über die Entscheidungen, die angefaßt der ersten Lage zu treffen sind. — Am Dienstag beschäftigte sich die Reichstagsfraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes weiterhin mit der durch das Vorgehen der Wirtschaftspartei geschaffenen neuen politischen Lage. Die hierzu gefaßten Beschlüsse wurden nicht bekannt gegeben.

Deutscher Schritt gegen Polen

Erdrückendes Material über polnische Terrorakte

Berlin, 26. November.

Der vom Auswärtigen Amt mit den Feststellungen über die brutale Terror- und Bluttat der polnischen Aufständischen gegen die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien betraute deutsche Generalkonsul in Kattowitz, Freiherr von Grünau, ist am Dienstag in Berlin eingetroffen und hat der Reichsregierung seinen eingehenden Bericht mit umfassendem Beweismaterial unterbreitet. Dadurch ist die Reichsregierung nunmehr in der Lage, auf Grund der Genfer Konvention und des Minderheitenschutzvertrages entsprechende Schritte beim Völkerbundsrat einzuleiten.

Das Kabinett dürfte sich bereits in den nächsten Tagen mit der Vorbereitung dieses Schrittes beschäftigen und auch feststellen, ob der deutsche Schritt nicht auch noch auf einen Hinweis auf die außergewöhnlichen Verhältnisse an der deutsch-polnischen Grenze ausgedehnt werden soll, die geeignet erscheinen, die guten Beziehungen zweier Nachbarstaaten und damit den allgemeinen Frieden zu gefährden. Es muß weiter geprüft werden, ob die besondere Lage es nicht erforderlich macht, den Völkerbundsrat zu einer Sondertagung einzuberufen, damit an Ort und Stelle eine Untersuchung durch den Völkerbund vorgenommen wird.

Das Verhalten der polnischen Behörden seit den deutschen Vorlesungen in Warschau und Kattowitz scheint darauf hinzuweisen, daß man in Warschau einseitig die ungünstige Lage Polens durch den Bandalismus der polnischen Nationalisten, das Verstoßen der polnischen Presse gegen die Gemeindeverwaltung und die polnische Schulleiter in Höhebirken wegen der diesseitigen Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung ihres Amtes enthoben seien. Ein Disziplinarverfahren gegen sie wie auch gegen den Polizeikommandanten, der strafverleugert wurde, sind eingeleitet. Für die geschädigten habe das Polizeiamtsamt vorläufig 3500 Zloty zur Verfügung gestellt. Die polizeilichen Ermittlungen nach den an den Terrorakten beteiligten Personen hätten bis jetzt zur Verhaftung von 13 Personen geführt, doch seien die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen. In Kreis der deutschen Minderheiten weist man aber darauf hin, daß die nachträglichen Feststellungen den Kern der Sache und die eigentlichen Anstifter nicht treffen.

Sowohl der Kattowitzer Wojewode Grzynski scheint unbeeinträchtigt zu bleiben, ebenso wird das Ergebnis der Sejm- und Senatswahlen trotz der festgestellten terroristischen Wahlbeeinträchtigung nicht kassiert.

Entschiedene Abwehr erforderlich

Die Grenzziehung im östlichen Mitteleuropa unhaltbar.

Die entsetzlichen polnischen Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Polen haben zu einer Großen Anfrage der Deutschen Partei im Preussischen Landtag geführt, in der es u. a. heißt: Die Behinderung der polnischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität in der Ausübung ihres Wahlrechtes, die Terror- und Boykott-Akte im ehemaligen Westpreußen, Polen und Ostoberschlesien, die sich bis zu jetztlichen Rohheitsakten gegenüber Angehörigen des deutschen Volkstums gesteigert haben, zwingen die durch die Grenzziehung des Versailles Diktats bedingte politische Lage im östlichen Mitteleuropa unhaltbar ist. Es wird gefragt, ob die Staatsregierung gewillt sei, auf die Reichsregierung darin einzuwirken, daß der deutsche Gesandte in Warschau unverzüglich beauftragt wird, von der polnischen Regierung mit allem Ernst und Nachdruck die Sicherung des Lebens, Eigentums und der Meinungsfreiheit der deutschen Bevölkerung in Polen sowie Schaffung einer für die zugefügte Unbill zu verlangenden Ferner wird um Auskunft gefragt, ob die preussische Staatsregierung auf die Reichsregierung einwirken wolle, daß dem Generalkonsul in Kattowitz über die Vorgänge der letzten Wochen in Polen vorgelegt und diese bei der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates in einer den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkstums in Polen entsprechenden Weise behandelt wird.

230 000 Arbeitslose mehr

Berlin, 26. November.

Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, das regelmäßig im Laufe des Jahres eintritt, ist nach dem Bericht der Reichsanstalt in der ersten Hälfte des November annähernd in dem erwarteten Umfang eingetreten. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist um rund 100 000 auf 1 661 159 gestiegen, während in der gleichen Zeit des Vorjahres die Zunahme rund 124 000 betrug. In der Krisenunterstützung mit 537 613 Unterstützten ist ein Mehr von rund 27 100 zu verzeichnen (l. V. rund 6900). Damit haben diese beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen eine Belastung von rund 2 200 000 erreicht. Wie erwartet, ist die Ueberlastung gegenüber dem Vorjahre zum ersten Male etwas zurückgegangen; sie beläuft sich jetzt auf etwa eine Million gegenüber rund 1 050 000 Anfang Oktober. Die Zahl der verheirateten Arbeitslosen und der Arbeitsämtern ist um mehr als 230 000 angewachsen und es wurden am 15. November rund 1 484 000 Arbeitslose gezählt.

Pastor Harlfinger bei Calonder

Kattowitz, 26. November.

Pastor Harlfinger hatte in Gegenwart des Kirchenpräsidenten von Böhren-Breslau eine etwa halbstündige Unterredung mit Präsident Calonder. Dem Präsidenten wurde auch die Bitte unterbreitet, der deutschen evangelischen Gemeinde in Kattowitz zu einem ausreichenden Schutz zu verhelfen.

In Kattowitz selbst sind inzwischen dreißig Personen, darunter der Künstler und Organist, verhaftet worden. Diese wurden zunächst im Keller der Polizeikommandatur untergebracht. In der Stadt sind von Aufständischen gestellte Wachen aufgezogen.

Veränderungen im spanischen Kabinett

Madrid, 26. November.

Der Innenminister General Ansojo ist zurückgetreten. An seine Stelle ist der bisherige Minister für öffentliche Arbeiten, Ramos, getreten. Dessen Ministerium ist dem bisherigen Justizminister Elfrade übertragen worden. Das Justizministerium hat Ramos Joverla übernommen. Die neuen Minister haben bereits den Eid geleistet.

„Do. X“ fliegt nach Amerika

Dr. Dornier über seine Erfahrungen mit dem Flugschiff.

Berlin, 26. November.

Dr. Dornier erklärte telephonisch aus La Coruna, daß bei den bisherigen Flügen mit dem „Do. X“ so viele wertvolle Erfahrungen gesammelt worden seien, daß das Vertrauen zu der Maschine mit jedem Tage gewachsen sei. Auch die Curtiss-Motoren seien während des ganzen Fluges glänzend gelaufen. Als lächerlich bezeichnete Dr. Dornier das Gerücht von den Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Kommandanten Christianen. Ein besseres Einverständnis sei nicht zu denken. Die Mannschaft sei glänzend aufeinander eingespielt. Das Boot habe praktisch in La Coruna eine Seepfropfung bestanden, die weit über das hinausgehe, was man allgemein unter Seepfropfung bei Abnahmen versteht.

Zusammenfassend erklärte Dr. Dornier, daß bei den guten Erfahrungen, gerade bei dem Sturm in der Biscaya keine Rede davon sein könne, daß der Flug über den Ozean ausgesetzt wird. Die Entscheidung, ob für den Ozeanflug die Nord- oder Südroute gewählt wird, dürfte in allerkräftigster Zeit fallen.

Allerlei Neuigkeiten

Haftungsantrag Levines. Das Wiener Gericht gab dem Haftungsantrag Levines gegen die Stellung einer Kaution von 50 000 Schilling statt. Levine wurde aus der Haft entlassen, unter dem Versprechen, Wien nicht zu verlassen, da er unter dem Verdacht der versuchten Münz-Fälschung steht.

Erzherzog Leopold in der Halsbandaffäre freigesprochen. Erzherzog Leopold von Österreich, der Erzherzogin Marie Theresia gehörendes Halsband, das ein Geschenk Napoleons an Maria Luise gewesen sein soll, ohne Ermächtigung der Besitzerin zu einem Spottpreis verkauft zu haben, wurde wie aus New York gemeldet wird, von dieser Anklage freigesprochen. Ein weiteres Verfahren gegen den Erzherzog in Zusammenhang mit dieser Angelegenheit ist noch im Gange.

Hausdurchsuchung in der Bank Dufrie. Nachdem die in der Privatwohnung des Bankiers Dufrie vorgenommene Hausdurchsuchung nichts Befastendes zutage gefördert hatte, hat der Untersuchungsrichter jetzt eine Durchsuchung der Geschäftsräume der Bank und eine Nachprüfung der Bücher vorsehen lassen. In der ersten Gläubigerversammlung in der Angelegenheit der Bank Dufrie wurden die Vollmachten der Liquidatoren und zweier provisorischer Kontrollreue bestätigt. Nach der der Versammlung vorgelegten vorläufigen Bilanz würden sich die Passiva auf 1161 Millionen Francs belaufen, zu denen 77 Millionen Rationen kommen, die Aktiva auf 777 Millionen, darunter 425 verschiedene Schuldner. Dieser Bilanz soll die Börsennotierung vom 20. 11. zugrunde liegen.

Wieder ein französischer Börsenmakler verhaftet. In Bordeaux ist wieder ein Börsenmakler verhaftet worden. Deren Passiva belaufen sich auf 15 Millionen Francs belaufen sollen. Es ist dies der dritte Fall innerhalb von 14 Tagen.

Selbstmord der Tochter eines tschechoslowakischen Ministers. Wie aus Preßburg gemeldet wird, hat sich die 25 Jahre alte Tochter des Bevollmächtigten Ministers Stobar, Frau Rajnska, aus dem Fenster ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung gestürzt. Sie blieb mit zerstückelten Gliedern auf dem Straßengpflaster liegen und starb bald darauf im Krankenhaus.

Die Suche nach dem vermissten italienischen Wasserflugzeug. Von dem Wasserflugzeug „Arconi“, das in den Morgenstunden des 21. November mit 7 Personen an Bord von Barcelona nach Marseille gestartet war und seither vermisst wird, fehlt noch jede Nachricht. Der italienische Luftfahrtminister hat ein Besondere großer Wasserflugzeuge nach



Ein Pater dirigiert.

Bei einem im Berliner Konzerthaus „Clou“ veranstalteten Tiroler Abend wurde die Bürgerkapelle aus Reutte in Tirol von dem Franziskanerorden dirigiert.

Terranova
und J...
Z...
Beitrag
gebracht.
Führung von
Spirituelle
kanischen
brachte. D
zu
311. 000
rund 2,3
der Magie
hung der
mögen offen
steuer vor
trag restlo
Bad
Bau einer
folgende
erhalten
essen Her
nochte.
Nachricht
ettindustrie
in Teil d
neu erricht
anzwanzig
täre Angef
hätte. Di
Bandbrück
erschäftigt
gehen, als
Brückentel
olgte der
türzte in
grabend. I
verlehter
Unter
und zwar
23jährige
300 Ber
Zuführung
des Anglu
Magd
Wagbebur
ände bei
übergeben
zeitlings
weit durch
ands mit
rechnen
die Haupt
ung von
Bei
Eine Rid
verlehter
anem tag
und entp
wobei Wa
Parallel
tächt eine
Nachstam
weiten Ver
auch alle
liegt der
Zonnen.
Grobtofel
fiel. In
kommt in
tiert wird
Das
Bas pass
fähler un
Defen ber
während
durchläuf
ist eine T
Das abge
rielelung
sauger die
nial wird
Zinkhütte
Benzolpre
gerichteter
Die Best
einem Se
und bei
Rubidmet
Millionen
Lönner
Vor d
am Diens
miffar
3 mediz
handelt
digungs
die ihm
und wie
äußert d
Nerven g
— In de
nehmung
Die
war die
Kapitan
scher Flu
riede R
im Jahr
30. U.20